



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### **Entschließung in Reaktion auf den antisemitischen und rassistischen Terrorakt vom 9. Oktober 2019 in Halle**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag von Sachsen-Anhalt gedenkt Jana L. und Kevin S., die bei dem antisemitischen und rassistischen Terroranschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle (Saale) ermordet wurden, er spricht ihren Hinterbliebenen sowie den Verletzten und Traumatisierten des Anschlags seine Anteilnahme aus.
2. Der Landtag von Sachsen-Anhalt entschließt sich, noch in diesem Jahr eine Enquete-Kommission einzurichten. Sie soll sich mit Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft auseinandersetzen und deren Bedeutung für aktuelle Entwicklungstendenzen rechten Terrors untersuchen. In einer der kommenden Sitzungen soll ein entsprechender Einsetzungsantrag abgestimmt werden. Aufgabe dieser Enquete-Kommission soll es auch sein, Eckpunkte für ein tragfähiges Landesprogramm zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie der Terrorprävention zu erarbeiten, das in Zusammenarbeit mit den Träger\*innen der zivilgesellschaftlichen Arbeit für Demokratie erstellt werden soll.
3. Der Landtag stellt fest, dass die bisherigen Gefahrenbewertungen und abgeleiteten Maßnahmen im Bereich sogenannter abstrakter Gefahrenlagen einer gravierenden Fehleinschätzung unterlagen, aus der alle Verantwortlichen notwendige Konsequenzen ziehen müssen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, eine Aktualisierung und Neubewertung der Gefährdungseinschätzungen für die auf sogenannten Feindes- bzw. Todeslisten gelisteten Personen vorzunehmen und die Betroffenen über die jeweilige Einschätzung zu informieren.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, die Landesmittel für das Bundesprogramm „Demokratie leben“, den Verein Miteinander e. V., die Landeszentrale für politische Bildung, den Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt sowie

(Ausgegeben am 22.10.2019)

weiterer Träger\*innen von Demokratieprojekten bereits für den Landeshaushalt 2020 und 2021 adäquat und bedarfsgerecht aufzustocken.

6. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich auf Ebene des Bundes dafür einzusetzen, dass die Mittel des Bundesprogramms „Demokratie Leben“ aufgestockt und langfristig abgesichert werden. Die Planungssicherheit und Arbeitsfähigkeit der Träger\*innen sollte hierbei im Zentrum stehen.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, gemeinsam mit bereits bestehenden Träger\*innen die Möglichkeiten zur Einrichtung einer unabhängigen Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) zu prüfen und hierzu im Landeshaushalt entsprechende Vorkehrungen zu treffen.
8. Der Landtag begrüßt die angekündigte, überfällige Konkretisierung des Staatsvertrages mit der Jüdischen Gemeinschaft vom 4. August 2006 hinsichtlich der Finanzierung baulicher Sicherheitsmaßnahmen. Darüber hinaus sollen auch die laufenden Kosten für Sicherheitsmaßnahmen in jüdischen Gemeinden sowie für islamische Gemeinden dauerhaft aus dem Landeshaushalt getragen werden.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, die bestehenden Gesprächsrunden mit dem Dachverband islamischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt im Rahmen der Konsultationen mit Religionsgemeinschaften zu institutionalisieren. Zu erörtern und prüfen ist dabei auch die Einrichtung eines Staatsvertrages mit den islamischen Gemeinden im Land Sachsen-Anhalt.
10. Die Fraktionen des Landtages der 7. Wahlperiode kommen überein, dass diese Arbeit als eine kontinuierliche und dringliche Aufgabe über diese Wahlperiode hinaus verstanden werden muss.

## **Begründung**

Bestürzung, Anteilnahme und tiefe Trauer prägten die Reaktionen auf den rechtsextremen Terrorakt vom 9. Oktober 2019 in Halle. Und das weit über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus. Bundesweit und international wurde die besondere Verantwortung vor dem Hintergrund der Deutschen Geschichte diskutiert und eine konsequente Gegenwehr angemahnt. Worten müssen Taten folgen. Neben sofortigen Maßnahmen, wie der angekündigte polizeiliche Schutz von jüdischen und muslimischen Einrichtungen, gilt es mittel- und langfristige Maßnahmen abzuleiten, die der Rechtsterror-Problematik auf allen gesellschaftlichen Ebenen nachhaltig begegnet. Dieses wäre auch ein wichtiges Signal an alle hier lebenden Menschen, bei denen der Terrorakt vom 9. Oktober 2019 eine tiefe Verunsicherung hinterlassen hat. Insbesondere an Jene, die mit der persönlichen Erfahrung von Marginalisierung und Diskriminierung in unserer Gesellschaft leben.

Dem Innenausschuss liegt seit dem Augustplenium 2019 der Antrag der Fraktion DIE LINKE „Rechte Gewalt entschlossen bekämpfen! - Betroffene schützen, Zivilgesellschaft stärken, Strafverfolgung intensivieren“ in der Drucksache 7/4776 vor. War er schon vorher notwendig, ist er nun umso mehr schnell und dringlich zu beraten.

Die Politik trägt dafür Verantwortung, dass der rechte Terror konsequent bekämpft wird; dass Menschen jüdischen Glaubens sich nicht wieder mit der Frage konfrontiert sehen, ob sie hier weiter leben können; dass neben der antisemitischen Komponente auch die muslimfeindliche und rassistische Komponente des Hallenser Terroraktes im Blickfeld bleibt, um zu verhindern, dass die angegriffenen Gruppen gegeneinander ausgespielt werden können. Die Politik trägt die Verantwortung klarzustellen, dass ein Angriff gegen Minderheiten stets als Angriff gegen unsere Gesellschaft und Demokratie begriffen werden muss.

Ergänzende Erläuterungen zu einzelnen Punkten:

### **Enquete-Kommission (Punkt 2)**

Der antisemitische und rassistische Terrorakt von Halle wirft komplexe gesellschaftspolitische Fragen auf. Die Fraktionen sollten im Rahmen einer Enquete-Kommission die Expertise zivilgesellschaftlicher Institutionen analytisch bündeln und auswerten können, vor welchen Hintergründen sich dieser Terrorakt ereignet hat. Dazu gehören gesellschaftliche Veränderungen, Einstellungen und Prozesse und ihr Einfluss auf das Agieren der extremen Rechten ebenso wie aktuelle Entwicklungen im internationalen Kontext. Hiervon soll die Kommission Maßnahmen im Bereich schulischer Bildung, die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Optimierung von Notfall- und Rettungsplänen sowie des Opferschutzes und der konsequenten Strafverfolgung rechtsextremer Straftaten ableiten und Empfehlungen für notwendige Initiativen des Gesetzgebers treffen.

### **Gefahrenbewertungen (Punkte 3 und 4)**

Der Terrorakt von Halle hat offengelegt, wie unzureichend die Feststellung einer sogenannten abstrakten Gefährdungslage ist, wenn von dieser keine oder nur unzureichende Maßnahmen abgeleitet werden. Auch wenn es niemals eine hundertprozentige Sicherheit gegen Terror geben kann ist es erforderlich, bestehende Bewertungen und Maßnahmen auf den Prüfstand zu stellen. Dies bedeutet auch im Kontext von sogenannten Feindes- bzw. Todeslisten eine Überprüfung entsprechender Gefährdungsbewertungen vorzunehmen und Maßnahmen dementsprechend zu erweitern. An dieser Stelle ist auch auf die heimtückische Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke im Juni dieses Jahres zu verweisen, der zahllosen Anfeindungen im Internet ausgesetzt war und dessen Name auf eben solchen Listen zu finden war.

### **Landes- und Bundesmittel (Punkte 5 und 6)**

Dass angesichts steigender Zahlen rechtsextremer Übergriffe die Mobilie Opferberatung seit vielen Jahren unter schweren Bedingungen und mit allenfalls geringen Aufwüchsen ihre wichtige Arbeit leistet, ist geradezu beschämend. Hier gilt es besonders dringlich Abhilfe zu schaffen. Doch auch die Prävention muss eine andere Priorität erfahren: Im Verhältnis zu den Kosten polizeilicher Sicherheitsmaßnahmen - deren Stärkung aktuell zwingend erforderlich ist - fallen die Ausgaben für gesellschaftspolitische Präventionsarbeit fiskalpolitisch durch vergleichsweise geringe Summen auf. In anderer Formulierung: wenn langfristig mehr in die präventive Arbeit investiert wird, kann sich das auch fiskalpolitisch positiv auswirken. Noch wichtiger als dieser Effekt sind selbstverständlich die gesellschaftspolitischen Ziele. Es lohnt sich die An-

gebotspalette der Hilfs- und Bildungsangebote von Miteinander e. V. für Eltern, Schulen und andere Gruppierungen planungsfest abzusichern und auszubauen. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für pädagogische Projekte, Veranstaltungen oder Kampagnen anderer Träger\*innen, wie z. B. „Fairsprechen - Hass im Netz begegnen“ der fjp-media, „SPEAK UP! Your voice matters - Gemeinsam gegen Diskriminierung“ der IkJ Sachsen-Anhalt e. V. „H!NGUCKEN - EINMISCHEN“ der Landeszentrale für politische Bildung oder der interkulturellen Arbeit der AGSA e. V. und die Unterstützung und Kooperationen verschiedenster Träger\*innen für und mit den lokalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus.

An den Tagen vor dem Terrorakt stand im Raum, dass die Bundesmittel „Demokratie leben“ zum kommende Haushaltjahr um 8 Millionen Euro abgesenkt und in der mittelfristigen Planung bis zum Jahr 2024 von aktuell 115 Millionen auf 40 Millionen Euro gekürzt werden sollen. Hinzu kam, dass viele bewährte Projekte durch veränderte Bewilligungsmodalitäten eine Absage erfahren hatten. Betroffen waren beispielsweise Projekte der DGB-Jugend, der Amadeu-Antonio-Stiftung oder das Neonazi-Aussteiger-Programm „Exit“. Dies hat bundesweit zu breitem Unmut geführt. Am 9. Oktober 2019 - am Tag des Terroraktes in Halle - kam die Meldung, dass die Kürzung für das Haushaltsjahr 2020 nun doch zurückgenommen sei. Angesichts des Terroraktes und der zunehmenden Radikalisierung der rechten Szene muss ein Abbau verhindert und gegenteilig ein Ausbau dieser Mittel forciert werden. Zudem gilt es die Arbeits- und Planungssicherheit der Projektträger\*innen sicherzustellen. Zahlreiche Vereine, Verbände sowie Wissenschaftler\*innen und weitere renommierte Fachleute haben am 18. Oktober 2019 hierzu einen offenen Brief mit dem Titel „Demokratie retten, zivilgesellschaftliches Engagement stärken“ an die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gerichtet:

[https://www.demokratie-mobilisieren.de/?fbclid=IwAR0epWCSMcEyhlksWYyhjDry1io\\_5c4mDPv1OGIFbnGXnniCuPPH4Hc5Y](https://www.demokratie-mobilisieren.de/?fbclid=IwAR0epWCSMcEyhlksWYyhjDry1io_5c4mDPv1OGIFbnGXnniCuPPH4Hc5Y)

### **Prüfung der Einrichtung einer RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus; Punkt 7)**

Im Januar 2015 wurde im Auftrag des Berliner Senates die erste RIAS als Projekt beim Verein für Demokratische Kultur (VDK) in Berlin eingerichtet und seither mit Mitteln des Landes Berlin finanziert. Im Oktober 2018 hat sich der Bundesverband RIAS gegründet, der die bundeseinheitliche Erfassung antisemitischer Vorfälle zum Ziel hat und hierzu bundesweit mit bestehenden Opferberatungsstellen kooperiert. Im April 2019 wurde nun auch eine RIAS beim Bayerischen Jugendring angesiedelt, die ebenfalls aus Landesmitteln finanziert wird. Bereits die junge Erfahrung dieser Stellen zeigt, dass ein Bedarf der Erfassung da ist und damit begonnen werden konnte, die zahlreichen Vorfälle in systematischer Erfassung transparent zu machen.

### **Bauliche Sicherheitsmaßnahmen/ggf. Staatsvertrag (Punkte 8 und 9)**

Die Kosten für den Betrieb der baulichen Sicherheitsmaßnahmen dürfen ebenfalls nicht den jüdischen oder muslimischen Gemeinden zur Last gelegt werden.

Die abstrakte Gefahr existiert nicht nur für Synagogen, sondern auch für Moscheen und muslimische Gebetshäuser. Dabei hat es in Sachsen-Anhalt bereits vielfach Anschläge gegeben. Ein besonders schwerer Vorfall ereignete sich zuletzt am 13. September 2019 mit einem Brandanschlag auf ein Gebetshaus in Aschersleben. Erfahrung mit Schmierereien, Bedrohungen kennen dabei alle Gemeinden in Sachsen-Anhalt, die jeweils versuchen, einen Umgang damit zu finden. So bemüht sich beispielsweise die muslimische Gemeinde in Halle seit längerer Zeit und ohne Ergebnis

um größere und sicherere Gebetsräume. Neben der Sicherheit geht es hier auch um einen wichtigen Faktor gelingender Integration. In Umsetzung von Maßnahmen im Kontext von Sicherheit und Integration soll auch die Einrichtung eines Staatsvertrages mit der muslimischen Gemeinschaft analog anderer konfessioneller Staatsverträge geprüft werden.

### **Aufgabe über 7. Wahlperiode hinaus (Punkt 10)**

Die historische Verantwortung rechte Gewalt und rechten Terror abzuwehren, darf keiner „Diskontinuität anheimfallen“. Der antisemitische und rassistische Terrorakt vom 9. Oktober 2019 in Halle hat diese Verantwortung noch einmal verstärkt.

Thomas Lippmann  
Fraktionsvorsitzender